

Hallo Herr Boes,

heute hatte meine Freundin ihren "mit Spannung erwarteten" Termin beim Jobcenter.

Vielleicht interessiert Sie unser Erfahrungsbericht.

Unsere Strategie war: Arbeit ja, Rest, also "Fortbildungskurse" und "AGH", nein. Siehe entsprechende beiliegende Schreiben.

Um das Thema "Fortbildungskurse" auszuhebeln, hatte ich mir etwas besonderes ausgedacht: wir haben damit gedroht, dass wir sämtliche Teilnehmer einer solchen "Fortbildung" über die Verfassungswidrigkeit der Sanktionen aufklären würden.

Ich selber hatte 2007 während einer solchen "Fortbildung" schon einmal innerhalb der Gruppe eine "Aktion pro Bürgergeld" gegründet, die dann leider verpuffte.

Ich weiß aber, dass das dem Jobcenter "unheimlich sauer" aufstieß und seitdem ist für mich dieses Thema seitens des Jobcenters absolut tabu.

Aufgeklärte Bürger fürchten die Jobcenter wie der Teufel das Weihwasser.

Nun aber zu heute:

Es begrüßten uns - nicht völlig unerwartet - gleich zwei Mitarbeiter: die eigentliche "Arbeitsvermittlerin" (Sie wissen, warum ich das in Anführungszeichen setze ;-)) und der stellvertretende Leiter des Jobcenters, da der Leiter, dem wir ebenfalls den fast identischen Brief geschrieben hatten, in Urlaub sei.

Die Stimmung war ÜBERAUS freundlich - die AV war regelrecht bemüht freundlich - und der stellvertretende Leiter erwies sich als ein gar nicht so unangenehmer Gesprächspartner, mit dem ich die Gelegenheit nutzte, von "Bürger zu Bürger" ansatzweise über BGE zu philosophieren. Dieser "Bürger"-Ansatz gefiel ihm ganz augenscheinlich (logisch, sonst werden ja fast immer nur Feindbilder aufgebaut und bedient: hier der "gute" Hartz-IVler und dort der "böse" Jobcenter-Mitarbeiter).

Er war natürlich - wie nahezu alle Propagandagläubigen - fürchterlich ängstlich, dass mit Auszahlung eines BGE "alles den Bach runtergehen würde" und es war nicht genügend Zeit, das Thema ausführlicher zu diskutieren. Aber egal, unsere Position konnten wir ganz offen darlegen.

Am interessantesten für mich war, dass er, nachdem ich das BVG-Urteil zu den Leistungen für Asylbewerber ansprach, ungefähr folgendes sagte:

"Ich habe mir auch gleich gedacht, dass das so nicht geht, dass Asylbewerber, die nicht arbeiten dürfen, fast so viel Geld wie Hartz-IV erhalten und die dann aber arbeiten müssen".

Seine Meinung zu genau diesem Thema war, dass der Gesetzgeber eher den Asylbewerbern erlauben würde zu arbeiten, als die Sanktionen abzuschaffen. Warten wir's ab. Momentan ist das BVG-Urteil vom 18.7. aber scheinbar ein echter Trumpf.

Dann sagte er noch: "Bei den Sanktionen würde ich wenigstens die KdU (Kosten der Unterkunft, weiß ich erst seit Nachfrage ;-)) rausnehmen".

Es tut sich also einiges, jedenfalls bei uns hier unten im Süden. Bewusstsein ist schon mal - wenigstens ansatzweise - vorhanden. Natürlich ist unser Jobcenter im Vergleich zu Berlin fast schon "familiär" aber, wie gesagt, zumindest bei den Gebildeteren unter den Jobcenter-Mitarbeitern ist durchaus Sensibilität vorhanden. Ich nehme deshalb den Plural, weil ich auch eine weitere

gebildete Mitarbeiterin kenne, die ebenfalls wesentlich offener und umgänglicher ist als der große Rest.

Auch ansonsten ging die Strategie voll auf: KEIN Wort über "Fortbildungen" oder AGH.

Zu AGH kann ich Ihnen vielleicht noch sagen, dass ein befreundeter Chef eines Unternehmens, der IMMER AGHler hatte - bei aus meiner Sicht extrem fragwürdiger "Zusätzlichkeit" - nun auf einmal massive Probleme mit der Arbeitsagentur xxx hat, die genau die "Zusätzlichkeit" in Frage stellt!!

Die AGH sind POLITISCH ganz offensichtlich nicht mehr gewollt.

Beste Grüße und weiterhin viel Erfolg,

Matthias Kleespies, Hatice Kirmizi